Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1906

36 (12.2.1906)

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 36. Karlsruhe, Montag den 12. Februar 1906. 26. Jahrgang.

Parteitag

der badischen Sozialdemokratie

am 10. und 11. Februar in Karlsruhe.

Um halb 3 Uhr eröffnet Genosse Schaier im Auftrage des Landesvorstandes den Parteitag, heißt die anwesenden zahlreichen Delegierten herzlich willkommen. Er bedauert, daß Genosse Dreesbach wegen Krankheit fernbleiben muß und schlägt ein Begrüßungstelegramm an ihn vor.

Zur Leitung des Parteitages werden bestimmt Pfeiffle-Mannheim als erster Vorsitzender, Breitenfeld-Lörrach als zweiter Vorsitzender. Schriftführer Philipp-Heidelberg und Bargolink-Ladenburg.

Die Tagesordnung wird wie folgt festgesetzt:

1. **Wahl des Bureaus, der Mandatsprüfungskommission und Feststellung der Geschäftsordnung.**
2. **Berichterstattung über die Parteipresse.** (Referenten: E. Geck und A. Schaier.)
3. **Geschäfts- und Kassenbericht des Landesvorstandes.** (Referent: Parteisekretär E. Eichhorn.)
4. **Organisation und Agitation.** (Referent: Parteisekretär E. Eichhorn.)
5. **Abänderung des Organisationsstatuts.**
6. **Sozialdemokratie und Volksschule.** (Referent: Reichs- und Landtagsabgeordneter Adolf Geck.)
7. **Die Revision der badischen Städte- und Gemeindeordnung.** (Referent: Süßkind-Mannheim.)
8. Beratung der durch vorstehende Tagesordnung nicht erledigten Anträge.
9. Wahl des Landesvorstandes und des Vorortes.
10. Bestimmung des Ortes für den nächsten Parteitag.

In die Mandatsprüfungskommission wurden gewählt: Brandel-Karlsruhe, Christiansen-Freiburg, Lichtenfels-Rüppurr.

Zur Vorberatung des Statutentwurfs wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus Eichhorn-Karlsruhe, Engler-Freiburg, Frank-Mannheim, Faas-Pforzheim, Krohn-Konstanz, Rösch-Lörrach und Seifert-Mannheim.

Die Genossen Kindermann-Achern und Kling (früher in Rastatt) begrüßen den Parteitag.

Der Vorsitzende Pfeiffle gibt bekannt, daß der Zentralvorstand in Berlin mitgeteilt hat, daß leider kein Parteivorstandsmitglied an den Verhandlungen teilnehmen kann. Genosse Dillmann-Frankfurt, Parteisekretär, wird vom Vorsitzenden Pfeiffle willkommen geheißen.

Sodann wurde auf Antrag des Landesvorstandes beschlossen, über die diesmaligen Verhandlungen ein Protokoll herauszugeben.

Alsdann trat man in die Tagesordnung ein.

Zum Punkt Parteipresse erhielt der geschäftliche Leiter des Volksfreund E. Geck das Wort. Er erläutert die gedruckt vorliegende Bilanz für das verflossene Geschäftsjahr. Der Volksfreund besitzt zurzeit 125 Filialen und wird in 313 Orten gelesen, deshalb seien die Versandkosten ziemlich hohe. Sehr gut habe sich Freiburg entwickelt, wie denn überhaupt konstatiert werden kann, daß im letzten Halbjahr die Abonnentenzahl ziemlich gestiegen und das Inseraten-Konto sich erhöht habe. Es liegen Anzeichen vor, daß die finanzielle Lage des Volksfreund ständig sich bessert. Gen. Geck bittet noch um gute Auswahl der Filialinhaber und mahnt, für den Volksfreund auch künftig zu agitieren.

Genosse Schaier als Vorsitzender des Landesvorstandes bespricht die Aenderung der Personalverhältnisse in der Redaktion und Expedition, die Anstellung der Genossen Weißmann und Krüger. Beide Anstellungen hätten sich bewährt. Der Landesvorstand habe mehrere Sitzungen abgehalten, um die Verbreitung des Volksfreund zu fördern und die Inserateneinnahme zu erhöhen. Auch sonst habe der Landesvorstand sich eingehend mit den Betriebsverhältnissen des Volksfreund beschäftigt. Den Setzerstreik bedaure er; durch Aussprache mit den hiesigen Leitern der Buchdruckerorganisation sei erreicht worden, daß wir jetzt einen perfekten Maschinensetzer beschäftigen können. Es kann gesagt werden, daß die Bemühungen des Landesvorstandes um die Regelung der Volksfreundverhältnisse von Erfolg begleitet gewesen.

Im Anschluß daran empfiehlt Genosse Schaier noch, entsprechend dem Antrage Karlsruhe, die Ueberführung der Volksstimme in Mannheim in das Eigentum der badischen Landespartei.

Auf Anregung des Vorsitzenden teilt Genosse Oskar Geck, Redakteur der Mannheimer Volksstimme, über die Situation derselben mit, was ihm, ohne sich darauf vorbereitet zu haben, bekannt ist. Die Abonnentenziffer, die 1900 noch 7000 betrug, ist jetzt auf annähernd 12500 gestiegen, im letzten Jahr allein um mehr als 2000. Auch in einzelnen Orten, wie Weinheim und Heidelberg, ist die Zunahme verhältnismäßig gut gewesen, doch bleiben vier Fünftel der ganzen Auflage in Mannheim selbst. Die Abonnentenziffer entspricht etwa 50 Prozent der Reichstagswähler, ein Verhältnis, wie es gleich gut in Deutschland nur selten zu finden ist. Doch könne unleugbar noch sehr viel zur weiteren Steigerung geschehen. Diese Steigerung sei zu erheblichem Teil auf die räumliche Erweiterung des Blattes zurückzuführen; es erscheint seit 2 Jahren meist in einem Umfange von 8 Seiten. Man solle überhaupt nicht an Mitteln knausern, die für die Redaktion und die Ausgestaltung des Blattes zu verwenden seien.

Der Vorsitzende verliest nun die folgenden Anträge zum Punkt Presse; sie werden sämtlich ausreichend unterstehen mit zur Debatte.

Wahlverein Lörrach: Der bad. Parteitag möge beschließen: die im 4. bad. Reichstagswahlkreise, von der sozialdem. Partei und Gewerkschaftskartell herausgebene „Arbeiter-Zeitung" ist Parteiorgan und untersteht denselben statutarischen Bestimmungen, wie die anderen bad. Parteiorgane. Irgend welche materielle Verpflichtungen zwischen der Gesamtpartei Badens und der Arbeiter-Zeitung in Lörrach bestehen nicht.

Sozialdem. Verein Rastatt: 1. die eingesandten Versammlungsberichte der einzelnen Korrespondenten möglichst unverkürzt zum Abdruck gelangen zu lassen.

2. Sämtliche rechtzeitig eingegangenen Versammlungsanzeigen der einzelnen Ortsvereine allwöchentlich, jeweils am Montag, unter Vereinsanzeiger (in kleinem Druck) unentgeltlich zu veröffentlichen.

Sozialdem. Verein Elgersweier: E. möge Vorsorge getroffen werden, daß in Zukunft die tendenziösen Polemiken im Volksfreund aufhören.

Sozialdem. Verein Karlsruhe: Der Parteitag wolle beschließen, die Ueberführung der Mannheimer Volksstimme in Parteibesitz zu vollziehen.

Wahlverein Grünwinkel: Der Parteitag wolle den Landesvorstand beauftragen, Mittel und Wege zu suchen, um die Volksstimme in Mannheim in die eigene Parteiregie zu übernehmen.

Sozialdem. Verein Hagsfeld: Der Parteitag wolle beschließen, der Volksfreund möge in Zukunft die Vereinsanzeigen der sozialdemokratischen Monatsversammlungen unentgeltlich aufnehmen.

Sozialdem. Verein Welschneureuth: Der Volksfreund möge täglich die Nachrichten über den Wasserstand des Rheines bringen.

Erster Debatte-Redner Sulke-Rastatt. Er ist mit der Redaktion wie mit den Maßnahmen zur Verbreitung des Blattes zufrieden. Die Abrechnung hätte den Vereinen vor dem Parteitag zugeschickt werden können. Die Höhe des Postens für Versicherungsbeiträge, wie für Prozeßkosten (Zwischenruf: Alte Kosten!) bemängelte er. Die Versammlungsanzeigen mögen wöchentlich an einem Tage abgedruckt und auch unter Partei berücksichtigt werden, da für kleine Vereine die Anzeigen zu kostspielig seien; er empfiehlt daher unter Bezugnahme auf das Beispiel der Metallarbeiterzeitung den dahingehenden Antrag 2 von Rastatt.

Adolf Geck: Betr. Mannheimer Volksstimme und Lörracher Arbeiter-Zeitung werde man, wenn sie neue Parteizeitungen würden, in Zukunft wohl genauere Auskünfte erhalten. Die Bilanz des Volksfreund hätte früher vorgelegt und mit Erläuterungen versehen sein sollen, da bei der Kürze der Zeit nicht jeder in der Lage sei, sich so rasch zu orientieren. So hätte er z. B. gewünscht, daß zu ersehen wäre, inwieweit Mittel aus der Berliner Zentralkasse der Partei gekommen seien, schon deshalb, damit die Genossen gesehen hätten, daß es dem Blatte nicht angerechnet werde, daß einer seiner Redakteure wiederholt Ansichten vertreten habe, die von der Auffassung der Gesamtpartei abwichen. Uebrigens wolle er anerkennen, daß der Volksfreund inzwischen seine Haltung mit dieser Auffassung in Einklang gebracht habe. Die wachsende Ausbreitung des Volksfreund sei erfreulich. Den Setzerstreik hätte er gern vermieden gesehen, wiewohl mit den Jüngern Gutenbergs nicht immer leicht auszukommen sei.

Willi-Karlsruhe steht dem Antrag Lörrach nicht unsympathisch gegenüber, hat aber Bedenken, den Antrag jetzt schon anzunehmen, da das zu weiteren unrentablen Blattgründungen anregen könnte. Wenn die Volksstimme Organ der Landespartei wird, so werden ja günstige Ergebnisse zu verzeichnen sein; die Ueberschüsse könnten dann zur Schaffung kleinerer Lokalblätter verwendet werden, wie sie das Zentrum mit Erfolg verwende. Die Anträge von Rastatt und Hagsfeld seien undurchführbar, der Antrag Elgersweier gleicht einem Maulkorbgesetz. Die Agitation für den Volksfreund müsse auch in den Gewerkschaften mehr gefördert werden, in Karlsruhe z. B. hielten nur etwa die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder den Volksfreund. Für den Fortschritt desselben sei auch dringend zu empfehlen, daß man nicht zu sehr spare, namentlich auch durch Beilagen dem Lesebedürfnis entgegenkomme. Auch er hätte den Setzerstreik gern vermieden gesehen.

Engler-Freiburg empfiehlt die Ablehnung des Antrages Hagsfeld, da eine Vereinsanzeige doch nur 60 Pf. koste. Den Antrag Lörrach möchte er bis zum nächsten Parteitag zurückgestellt sehen, auf dem Lörrach eine genaue Uebersicht über den Stand des Unternehmens geben möge. Antrag Welschneureuth sei abzunen, da er nur für ganz wenige kleine Orte in Frage käme. Daß der Geschäftsbericht nicht vorher an die Vereine gelangt sei, sei bedeutungslos. Gegenüber Genosse Adolf Geck bemerkte Redner, es sei kein Unterschied zwischen Revisionisten und Radikale zu machen, wenn sich die betreffenden Personen bezw. Redakteure nur als tüchtige Genossen zeigten, Kolbs Tätigkeit sei in jeder Beziehung anzuerkennen gewesen. Das Sparen am Blatte sei falsch.

Breitenfeld-Lörrach. Bezüglich Geschäftsbericht hätte auch er frühere Vorlegung gewünscht. Was das Lörracher Blatt anbelange, so habe es jetzt 1500 Exemplare Auflage und einen Ueberschuß von 1600 Mk. Fast die ganze Geschäftswelt Lörrachs gehöre zu den Inserenten. Ab April werde das Blatt zweimal wöchentlich erscheinen. Er empfehle den Antrag Lörrach daher.

Huber-Elgersweier. Nur irrtümlich habe der Landesvorstand die Mitteilung einer Stimmungs-Situation als Antrag aufgefaßt; er vertrete denselben daher gar nicht. Wenn der Volksfreund keinen Fahrplan beilegen wolle, wiewohl derselbe doch schon im vorigen Jahre gewünscht worden sei, so solle er sich auch den Wandkalender sparen.

Müller-Schopfheim. Berichtigungen seien immer unangenehm, man solle daher den Korrespondenzen gegenüber vorsichtig sein. Sonst sei er mit der Haltung des Volksfreund zufrieden.

Rösch-Lörrach ist mit der Geschäftsführung des Volksfreund zufrieden; ein anderer Ueberschuß sei nach den Umständen nicht zu erwarten gewesen. Die im Laufe des Jahres eingetretene Aenderung in der Haltung des Volksfreund sei erfreulich; an den Traditionen der Gesamtpartei sei auch ferner festzuhalten. Zur Vertretung des Genossen Kolb hätte er lieber einen badischen Genossen gewünscht. Der Setzerstreik hätte bei geeigneter Vorbereitung vermieden werden können. Der Antrag sei zu empfehlen; das Blatt stehe gut und habe gute Dienste geleistet; der Volksfreund hätte nicht so viel bringen können.

Kotzler-Stein i. Wiesental, empfiehlt unter Bestätigung des in dieser Beziehung schon Gesagten den Antrag Lörrach.

Kolb-Karlsruhe. Der Antrag Rastatt I widerspricht der Klage des Rastätter Delegierten betr. Prozeßkosten. Gerade der Druck auf die Redakteure, die Korrespondenzen unverändert aufzunehmen, hat Prozesse zur Folge; übrigens werde gerade durch solche Korrespondenzen die Zeitung zum Teil uninteressant gemacht. Soviel Vertrauen müsse man zu den Redakteuren haben, um ihnen die Entscheidung zu überlassen. Dem Genossen A. Geck gegenüber bemerke er, es sei nicht nötig, den Gegensatz zwischen Radikalismus und Revisionismus von neuem aufzuwerfen, denn was den Volksfreund betreffe, so sei in dem Jahre kein Artikel erschienen, aus dem ein Vorwurf gegen ihn hergeleitet werden könnte. Uebrigens sei er so radikal wie Genosse Geck. Der Volksfreund sei auch vorangekommen und werde weiter vorwärtskommen, wenn nur nicht zu arg gespart würde.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Eichhorn-Karlsruhe. Da er während des Setzerstreiks gerade abwesend war, so sei er gewiß nach keiner Seite voreingenommen. Auch der Landesvorstand habe den Vorfall bedauert, aber gegen seine Haltung sei kein Vorwurf zulässig. Uebrigens herrsche heute zwischen Verwaltung und Personal das beste Einvernehmen. Auf das Steigen und Fallen der Abonnentenziffern eines Blattes haben nicht so sehr persönliche, als sächliche Verhältnisse Einfluß, so sei z. B. der Aufschwung in Mannheim den dortigen polizeilichen Liebenswürdigen wesentlich zu danken. Aber zu verkennen sei auch nicht, daß die Masse des Gebotenen dem Blatte neue Freunde gewinne und erhalte. Aus Anlaß gewisser Bemerkungen erkläre er im Namen des Landesvorstandes, daß bei demselben, bei keinem Mitgliede desselben die Absicht bestehe, Genossen Kolb etwa aus seiner Stellung zu entfernen. Die jetzige Vertretung sei als solche ausgeschrieben und bei Engagement sei schriftlich wie mündlich das außerdem bestätigt worden. Gegen das Engagement eines Genossen, also eventuell eines Badensers, der nicht vollständig erfahren sei in der Politik und in den Redaktionsgeschäften, habe sich Genosse Kolb selbst im Landesvorstand ausgesprochen.

Lehmann-Mannheim erklärt die Volksfreund-Abrechnung des näheren, auch die Abschreibungsdetails.

Ein neuer Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen, aber es wird Genoße Weißmann für die Redaktion des Volksfreund noch gehört.

Weißmann-Karlsruhe betont, daß stets eine leichte Verständigung zwischen ihm und Gen. Kolb stattgefunden habe. Das Blatt werde schon vorwärts kommen, wenn alle Faktoren zusammenwirken, in diesem Sinn habe er auch mit vielen Orten verhandelt und Abmachungen mit Genossen getroffen. Das größte Uebel sei der Mangel an Raum, da 313 Orte bezw. 125 Filialen zu berücksichtigen seien; er empfehle deshalb auch dringend, das Blatt ab 1. April 6seitig täglich erscheinen zu lassen. Bezüglich der Unterhaltungsbeilage geschieht, was im Rahmen der beschränkten Mittel geschehen kann. Was die Prozeßkosten anbelangt, so beachte man, daß es unmöglich sei, ein sozialdemokratisches Blatt zu redigieren, ohne ab und zu dem Strafrichter zu verfallen. Im übrigen brauche uns um die Fortschritte unserer Presse nicht bange zu sein, wenn wir weiter so gute Agitatoren haben, wie die Schenkel und Schäfer.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Genossen A. Geck, Kolb und Engler.

Im Schlußwort stellte sich Genosse Schaier in einigen zeitungstechnischen Fragen auf den Standpunkt des Genossen A. Geck, während der

Genosse E. Geck den lebhaften Wunsch nach Beilagen wohl im Grunde unterstützt, aber von der Entwicklung der Finanzen abhängig macht. Die Tagwacht, die angeführt worden sei, weil im gewissen Sinne für sie ähnliche Verhältnisse gelten, sei um 15 Pf. pro Monatsabonnement teuer. Außerdem habe sie in Stuttgart ein größeres Inseratenfeld, als der Volksfreund in Karlsruhe. Der Schauinsland, der angeführt worden sei, werde als Drucksache berechnet und bezahlt. Für die Verwendung seines Textes bezahle die Redaktion das Abonnement gleich anderen Parteiblättern mit 15 Mk. pro Monat. Die Versicherungsbeiträge für das Personal bezahle das Geschäft vollständig; der angegebene Posten stimme daher auf Heller und Pfennig, ebenso der Betrag

---

Leibeigen.

Roman aus der Zeit der russischen Leibeigenschaft.

Von Wilhelm Braunsdorf.

67) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Aber dieser Kuß des Fürsten brannte Wera jetzt wie höllisches Feuer, er dünkte ihr ein Judaskuß zu sein. Selbst seine Worte, die er ihr beim Weggange zugeflüstert: „Hoffe das Beste!" vermochten sie nicht zu trösten. Sie hoffte nichts gutes von ihm und ihr Vertrauen war so nichtig, daß sie vielmehr das Aergste befürchtete.

Gedankenlos und von quälender Unruhe erfüllt, brachte Wera den übrigen Teil des Tages zu. Jede Minute dünkte ihr eine Ewigkeit. Ihre Unruhe steigerte sich noch während der Nacht, wo kein wohltätiger Schlaf sich auf ihre müden Glieder senkte, und während des folgenden Tages. Weder vom Fürsten noch von Wladimir kam während dieser bangen Stunden irgend eine Nachricht. Sie durften sich ja auch nicht bei ihr sehen lassen — ihr Ehrenwort verband sie gegenseitig dazu. Und doch hätte sie wenigstens ein paar Worte von der Hand Wladimir's gehabt.

Je näher die Stunde kam, die über ihr künftiges Schicksal entscheiden sollte, desto niedergeschlagener wurde Wera. Immer stärker wurde das Gefühl in ihr, als stünde sie vor einer Gefahr, die größer sei, als die Enthüllung des Fürsten von ihrer sozialen Stellung. Mehr als hundertmal hatte sie auf die Uhr geblickt. Es schien ihr, als ob die Zeiger sich heute weniger schnell bewegten. Jede Minute steigerte ihre Seelenfolter.

Endlich — endlich verkündete die Bronzeuhr an der Tapetenwand mit klingenden Schlägen die siebente Stunde.

Wera erwartete sehnsuchtsvoll das Erscheinen Wladimirs. Daß der Fürst nicht würde auf sich warten lassen, dessen war sie sicher, war er doch ein Mann von größter Pünktlichkeit

Aber keiner von Beiden erschien mit dem Schlage der Uhr. Dagegen vernahm Wera nach wenigen Minuten viele schlürfende und stampfende Tritte, die dicht vor ihrer Türe verstummten. Erwartungsvoll näherte sie sich derselben, als sie plötzlich aufgestoßen wurde und eine beträchtliche Anzahl roher finsterer Gestalten über die Schwelle traten, die Wera sofort als leibeigene Diener des Fürsten erkannte.

Dieser folgte seiner Dienerschaft auf dem Fuße. Er grüßte kalt und nachlässig und dann eröffnete er der erschrockenen Wera kurz und bündig: Mit ihrer Herrlichkeit in der Residenz und den Liebeleien sei es jetzt vorbei, sie müsse wieder zurückkehren in ihr heimatliches Dorf unter die Leibeigenen, zu denen sie ihrer Geburt nach gehöre!

Wera erbleichte und schien einer Ohnmacht nahe. Eine solche schändliche Handlungsweise hatte sie nicht erwartet. Sie übertraf ihre schlimmsten Befürchtungen.

Vergeblich waren ihre Bitten und Tränen — ein kaltes Kopfschütteln war die einzige Antwort des Hartherzigen.

Da kam über Wera eine finstere Entschlossenheit. Sie richtete sich vor dem Fürsten hoch empor und stolz und drohend klang ihre Stimme, als sie ihm jetzt zurief:

„So vollende dein schurkiges Werk, erbärmlicher Feigling! Ich bin bereit, in mein heimatliches Dorf zurückzukehren. Aber dir wehe. Mein Fluch soll dich verfolgen bis ans Ende deiner Tage, und kommt die Stunde der Vergeltung — dann erzittere, Elender!"

Der Fürst kniff die Lippen zusammen, um die aufsteigende Wut zu unterdrücken.

Ein Wink von ihm und mehrere Diener traten auf das junge Mädchen zu, faßten es mit roher Gewalt und hüllten es in ein grobes einfaches Gewand, wie solches die Leibeigenen zu tragen pflegten. Ohne Wera weiter zur Besinnung kommen zu lassen, ergriffen sie dieselben rohen Fäuste wieder und schleppten sie hinab vor das Portal des Hauses. Hier stand ein schwerfälliger, mit vier Pferden bespannter Reisewagen schon bereit. Wera wurde hineingeschoben, der Schlag fiel zu, zwei Diener schwangen sich hinauf und in schneller Fahrt rollte das Gefährt klappernd die lange Straße hinunter.

Fürst Romanzoff sah dem Wagen nach, so lange dieser seinen Augen sichtbar war. Ein häßliches Lächeln der Befriedigung umspielte dabei seine dicken Lippen. Dann bestieg er seine Equipage, um nach seinem Palais zurückzukehren. Dem Kutscher befahl er, für die Fahrt bestimmte Straßen zu benutzen. Er wollte es nämlich so einrichten, daß er dem Hauptmann Wladimir Smolens, welcher aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr weit sein konnte, begegnen mußte.

Es dauerte auch gar nicht lange, so erschien dieser am Ende der Straße, in einer leichten Kalesche sitzend, die mit Windeseile daher gebraust kam.

„Schon zurück von Wera, Fürst Exzellenz?" rief Wladimir mit ängstlicher Spannung, als sich die Wagen begegneten.

„Allerdings!" war die höhnisch gegebene Antwort.

„Willigen Sie ein? — Haben Sie Wera die Freiheit gegeben?"

„Wera ist gut aufgehoben — sie ist ihrem Ziele nahe!"

„Und frei?"

„Hm, wie man's nimmt, Herr Hauptmann. — Frei wenigstens von der Fessel, die sie mit Ihnen verband."

„Tod und Teufel, was soll das heißen?"

„Was das heißen soll? — Nun, daß ich mein Recht ausgeübt und Wera Ihrem Gesichtskreise entrückt habe."

„Wie? Sie haben Wera entführt?" rief Wladimir erschrocken.

Der Fürst lachte dämonisch auf.

„Entführt! — Hahaha! wenn ich meine Leibeigene wieder zurückführe nach der Scholle, der sie angehört — das nennen Sie entführen? — Sie würden es an meiner Stelle um kein Haar breit anders gemacht haben."

„Aber Sie gaben mir Ihr Wort — Ihr Wort als Ehrenmann!"

„Jawohl — bis 7 Uhr abends. Diese Stunde ist längst vorüber. Sie erschienen nicht — hm, ja, der Dienst — mögen wohl wie auf Kohlen gestanden haben, Hauptmann —" grinste der Sprecher boshaft. — „Sie erschienen nicht, und darum handelte ich nach freiem Ermessen, wie ich auch sonst gehandelt haben würde, selbst wenn Sie sich pünktlich eingestellt hätten. Doch, da ich Ihnen jetzt die gewünschte Auskunft gegeben habe, empfehle ich mich zu fernerem geneigten Wohlwollen!"

Noch einmal lachte der Fürst spöttisch auf, dann ein Ruck an die Zügel und wie rasend flogen die Renner mit dem Gefährt davon.

Einen Augenblick saß Wladimir wie vernichtet da. Dann aber stürmte auch er davon — zuerst nach der Wohnung der Geliebten, wo er wenigstens noch deren Zofe anzutreffen hoffte, welche ihm Nachrichten über Wera geben konnte. Aber wie erschrack er, als er alle Zimmer Wera's bereits ausgeleert fand. Nirgends eine Spur, daß diese Räume noch vor wenigen Stunden bewohnt gewesen; sogar die Bilder waren von den Wänden verschwunden.

Wladimir fühlte sich von dieser Oede und Leere fürchterlich ergriffen; diese Stubenluft schien ihn erdrücken zu wollen. Er stürzte, Verzweiflung im Herzen, hinaus und suchte die Wirtsleute auf, von denen er aber auch weiter nichts wie die eilige Abreise Wera's erfahren konnte. Auch die Zofe war spurlos verschwunden. Wahrscheinlich war auch sie nur eine Leibeigene des Fürsten, der sie nun nach seinem Belieben anderweitig verwandte.

Wladimir war von allen diesen traurigen Nachrichten wie niedergeschmettert. Er bereute, dem Fürsten soviel Vertrauen entgegengebracht zu haben, er bereute, von Wera's Seite gewichen zu sein, die ihm nicht einmal mehr einen Scheidegruß, ein Wort des Abschieds hatte widmen können.

(Fortsetzung folgt.)

Unterhaltungsblatt zum „Volksfreund"

Gesundheitspflege.

Hautentzündung und Magenkatarrh. Mandelentzündung, Kehlkopferschleimung und Magenverstimmung stehen jetzt auf der Tagesordnung. Natürlich ist daran nur das „abscheuliche Wetter" und die „böse Erkältung" schuld. In oft geradezu unsinniger Weise wird jedoch es als ein Denkmal längst getilgter Schande ehren."

für Prozeßkosten; Genosse Kolb habe die Gründe für ihre Höhe ganz richtig angegeben.

In der Abstimmung werden die Anträge Rastatt 1 und 2 und der mit letzterem identische Antrag Hagsfeld abgelehnt. Die Anträge Lörrach und Karlsruhe und der mit letzterem identische Antrag Grünwinkel angenommen. Ueber den Antrag Elgersweier wurde nicht abgestimmt; er war nach der Erklärung des Genossen Huber gegenstandslos.

3. Punkt: **Geschäfts- und Kassenbericht des Landesvorstandes.**

Der Parteisekretär Eichhorn ergänzt den gedruckt vorliegenden Bericht in einem längeren Referat. Er beklagt vor allem die Saumseligkeit der Organisationsleiter in der Beantwortung und Ausfüllung der Fragebogen. Seitens des Landesvorstandes ist alles geschehen, um die Organisationen vorwärts zu bringen. Bezüglich der Deckung der noch vorhandenen Wahlschulden bemerke er, daß der Abschluß der Kasse des Landesvorstandes für Monat Januar ein guter ist, sodaß den einzelnen Wahlvereinen finanziell nachgeholfen werden kann. Das Resultat der Landtagswahlen ist ein unbefriedigendes. Die Ursachen liegen vielleicht in den schwachen Organisationen, in der Nichtwahlberechtigung der Nichtbadenser und an dem Fehlen einer eigentlichen Wahlparole.

Bezüglich des Stichwahlabkommens sei zu erklären, daß unter allen Umständen die absolute Mehrheit des Zentrums verhindert werden mußte. Aber, weiter wie bis zum Stichwahlabkommen gehe das Bündnis mit dem Block nicht. Wir stehen den Liberalen genau so ablehnend wie früher gegenüber. Im großen ganzen gehe die Organisierung der Arbeiterschaft vorwärts, die Mitgliederzahl der politischen Organisationen ist auch in jüngster Zeit gestiegen. Die Parteigenossen möchten nunmehr ihre Ansichten darüber zum Ausdruck bringen, ob das Parteisekretariat sich bewährt habe.

In der Diskussion bemängelt Engler-Freiburg, daß manche Kreise, zum Beispiel Lahr, zu wenig, andere Kreise zu stark mit Geldmitteln bedacht worden seien. Auch die Agitationstouren auswärtiger Redner hätten sich nicht immer bewährt.

Brucker-Lahr beklagt sich gleichfalls über die Nichtberücksichtigung von Lahr. Wir konnten finanziell nicht viel leisten. Der Hafnerstreik und andere Umstände haben dies bewirkt.

Müller-Bruchsal beschwert sich darüber, daß Gen. Kolb bei der Nachwahl in einer Blockwählerversammlung ohne das Einverständnis der dortigen Parteileitung gesprochen habe. Kolb verteidigt sein Verhalten und die weitere Aussprache ergibt, daß die Bruchsaler Genossen nachträglich Kolb selbst aufgefordert haben, in Bruchsal zu sprechen; die Angelegenheit ist hiemit erledigt.

Schluß der Samstagssitzung.

(Sonntags-Sitzung.)

Um ½10 Uhr eröffnet Gen. Pfeiffle die Tagung.

Nach Bekanntgabe mehrerer Begrüßungstelegramme wird in der Tagesordnung: **Diskussion über den Bericht des Landesvorstandes** fortgefahren.

Grahl-Triberg vermißt in dem Bericht des Parteivorstandes die Ergebnisse der Gemeindewahlen, die nicht minder wichtig seien, wie die Landtagswahlen. Redner empfiehlt den Vorschlag von Triberg, wonach ein Kommentar zum Gemeindeprogramm herausgegeben werden soll. Zu bezweifeln wäre, daß der Parteisekretär auch zugleich noch eine parlamentarische Tätigkeit mit ausübe, da die Organisationsarbeit darunter leidet.

Müller-Schopfheim rügt, daß die Fühlung der Vertrauensmänner mit dem Parteivorstand zu wünschen übrig lasse. Redner begründet noch den Antrag Schopfheim.

Marzloff-Wieblingen erkennt die Tätigkeit des Landesvorstandes an, doch solle man dafür sorgen, daß bei Besorgung von Referenten auf wirklich tüchtige Kräfte gesehen werden solle, auch sollen die herausgegebenen Flugblätter den Verhältnissen der einzelnen Wahlkreise angepaßt werden. Redner befürwortet noch die Einrichtung von Rednerkursen in Gemeinschaft mit den Gewerkschaftskartellen.

Philipp-Heidelberg spricht dem Landesvorstand den Dank aus für den gedruckten Rechenschaftsbericht, wodurch die Geschäfte erleichtert werden. Redner verteidigt die Heidelberger Organisation gegenübr dem Vorwurf, daß sie einen Zuschuß zu den Landtagswahlen benötigte, es sei dies nicht verwunderlich, wenn man die große Ausbreitung der beiden Wahlkreise im Odenwald bedenke. Sehr wünschenswert sei es, daß ein Reglement aufgestellt wird, in welcher Weise die Redner entschädigt werden sollen. Dem Antrag auf Einrichtung einer Rednerschule stimmt er zu, desgleichen auch den Ausführungen darüber, daß der Sekretär keine parlamentarische Tätigkeit ausübt.

Geck-Mannheim nimmt Stellung zu dem Stichwahlabkommen über die Landtagswahlen. Eichhorn sei i ndem Bericht auf den Kern dieser Angelegenheit nicht genügend eingegangen. Nach den Hauptwahlen sei man unter einem überraschenden Eindruck über die Zunahme des Zentrums an Mandaten gestanden. Um nun eine weitere Mandatszunahme des Znetrums zu verhindern, seien wir verpflichtet gewesen, auf diese Gefahr aufmerksam zu machen, und dieser Ansicht sei auch der bekannte Artikel der Mannheimer Volksstimme entsprungen. Unter der Berücksichtigung, daß es Gepfolgenheit unserer seithërigen Taktik gewesen, keine der beiden Groß-Parteien zur Mehrheit im Landtag gelangen zu lassen, war diese Stellungnahme wie auch das Eingehen auf das Abkommen selbst sehr gerechtfertigt. Durch dieses Zusammengehen mit den Liberalen hätten wir uns aber aber auch ein großes Verdienst erworben um die freiheitliche Entwicklung des Landes. Es war geradezu eine Pflicht, so zu handeln wie geschehen. Der wertvollste Gewinn war also die moralische Seite des Abkommens, nicht die Zunahme unserer Mandate. Es ist dies um so mehr anzuerkennen, als die Sozialdemokratie es ist, die die schwarze Schlammflut zurückzudrängen berufen war. Ein Erfolg ist es auch, daß wir nicht zu den Liberalen gekommen sind, sondern daß sie es waren, die um unsere Unterstützung nachgesucht haben. Der Redner tadelt die Stellungnahme Eichhorns bei dem Zustandekommen des Wahlabkommens und nach demselben, wobei er auf die Ausführungen Eichhorns in einer Pforzheimer Versammlung, in der Neuen Zeit und in der badischen Kammer zu sprechen kommt und diese verurteilt, da sie geeignet war, uns in der Oeffentlichkeit zu kompromittieren. Man müsse auf dem Parteitage anerkennen, daß wir mit dem Abkommen einverstanden sind. Davon, daß wir zur Wahlunterstützung des Blocks ohne Gegenleistung bereit gewesen seien, könne keine Rede sein.

Heim-Wieblingen führt Klage über die Mangelhaftigkeit unserer Bibliotheken, woselbst Abhilfe von seiten des Parteivorstandes geschaffen werden müsse. Die Auflösung verschiedener Organisationen sei auf den Mangel an organisatorischen Kräften zurückzuführen.

Rollwagen-Durlach bespricht die Wahlbewegung in Durlach. Wenn man hier nicht im ersten Wahlgange durchgedrungen sei, so dürfe man den Durlacher Parteigenossen hierüber keinen Vorwurf machen. Dem Antrag Lahr auf Verlegung des Sitzes des Landesvorstandes nach dort, könne er nicht zustimmen, doch aber dem Antrag auf Einrichtung von Rednerschulen, wobei er diesbezügliche Anregungen gibt. Würde man die Gemeindevertreter auf ihre Kenntnisse untersuchen, so würde dies manches zu wünsen übrig lassen. Mit der Arbeit Eichhorns als Sekretär sind wir vollständig einverstanden.

Dr. Frank-Mannheim: Was man inbezug auf Organisation gehofft hatte, hat sich nicht erfüllt. In Anbetracht der Agitation anläßlich der Landtagswahlen hätte man mehr erwarten dürfen, zur Verhütung des Eingehens von Wahlvereinen sei viel zu wenig getan worden; wir müssen verlangen, daß hier keine Vernachlässigung hinzutritt. Was das Stichwahlabkommen anbetrifft, so müsse man gegen die zum Ausdruck gekommenen Auslassungen Eichhorns protestieren. Seine Stellungnahme hiezu sei eine sehr schwankende gewesen, da seine Ausführungen in der Neuen Zeit den bei anderer Gelegenheit gemachten Diametral gegenüberstanden. Das größte Resultat bei dem Abkommen ist, daß wir von der Partei, die uns seither immer als Umsturzpartei bezeichnet, als gleichberechtigt anerkannt wurden. Die Nationalliberalen haben vor uns kapituliert, diese Tatsache wird in der Geschichte der Partei nie ausgelöscht werden.

Inzwischen ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingelaufen, der auch angenommen wird.

Es folgen persönliche Bemerkungen und erhält das Schlußwort:

Eichhorn. Er verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß er seine Arbeit als Sekretär vernachlässigt habe. Wenn man eine diesbezügliche Aenderung treffen wolle, die dahin gehe, die Verbindung mit der parlamentarischen Tätigkeit zu trennen, so müsse man die Mandate nur an besitzende Parteigenossen verteilen. Erhebe man den Vorwurf, daß einzelne Wahlkreise, die auf schwachen Füßen standen, eingegangen sind, so ist zu berücksichtigen, daß solche teilweise vor Uebernahme des Sekretariats seitens seiner Person eingegangen waren. Nachdem jetzt die Wahlen vorüber sind, müsse eine diesbezügliche, planmäßige Agitation einsetzen. 16 Vereine seien durch das Bemühen des Landesvorstandes neu ins Leben gerufen worden, worau hervorgehe, daß wirklich positive Arbeit geleistet worden sei. In Bezug auf die Anregung mit den Flugblättern müsse darauf gesehen werden, daß die einzelnen Organisationen ihre Flugblätter selbst ausarbeiten, wie Sie ihren Verhältnissen angepaßt sind. Im nächsten Jahre sei eine Zusammenstellung in Bezug auf die Gemeindewahlen und deren Vertreter geplant, sodaß in dieser Hinsicht Abhilfe geschaffen wird. Redner wendet sich noch zu den eingegangenen Anträgen. — Man wolle beschließen, den die Rednerschulen betreffenden Antrag dem Landesvorstand zu überweisen, da man diese Frage nicht glei chlösen könne. Ein Programm zum Gemeindeprogramm sei in Vorbereitung, doch ist zu berücksichtigen, daß kein Verleger für dergleichen Arbeiten zu finden sei; so habe er die von ihm veröffentlichte Broschüre über das Landtagswahlrecht auf seine Kosten herausgegeben. Redner wendet sich dem Stichwahlabokmmen zu und betont, daß seine Haltung Wir müssen aber damit rechnen, daß auch Liberale und von vornherein eine konsequente gewesen sei. Einen prinzipiellen Widerspruch könne er darin nicht entdecken. Zentrum einmal sich wieder zusammen finden werden, wie dies im Rheinland geschehen sei und daher messe er dem Erfolge auch keine so große Beedutung bei.

Nachstehende Resolution Oskar Geck ist eingegangen:

Der Parteitag erklärt sich mit der Tätigkeit des Zentralwahlkomitees einverstanden und billigt in allen Teilen das von ihm mit dem liberalen Block geschlossene Stichwahlabkommen.

Diese Resolution wird einstimmig angenommen.

Es werden dann nachfolgende Anträge angenommen:

Angenommen wurden die folgenden Anträge:

Sozialdem. Verein Schopfheim: Der Landesvorstand wird beauftragt, den Mitgliedschaften, insbesondere den ländlichen, einen Weckruf mit Aufnahmescheinen in genügender Anzahl zur Verfügung zu stellen, um damit die Gewinnung von Mitgliedern, bei den verschiedensten Anlässen zu erleichtern.

Sozialdem. Verein Lahr: 1. Der Parteitag möge beschließen, den Landesvorstand zu beauftragen, Plakate, auf welchen zur Erwerbung des badischen Staatsbürgerrechts aufgefordert wird, drucken zu lassen, welche in allen Orten des Landes in geeigneten Wirtschaften oder sonstigen Lokalitäten zum Aushang zu bringen sind. Auch soll der Redaktion des Volksfreund und der Volksstimme die Pflicht auferlegt werden, an geeigneter Stelle der Zeitung, unabläßig für die Erwerbung des bad. Staatsbürgerrechts aufzufordern.

Sozialdem. Verein Baden: Der Parteitag möge beschließen: der Landesvorstand wird beauftragt, Mittel um dWege ausfindig zu machen zur Gründung einer Rednerschule zwes Heranbildung rednerisch geschulter Kräfte. Durch Verbindung mit den Gewerkschaftskartellen des Landes Baden lassen sich vielleicht die Mittel zur Unterhaltung einer Rednerschule leichter aufbringen.

Sozialdem. Verein Brötzingen: Der Parteitag wolle beschließen, den Landesvorstand zu beauftragen, nach Schluß der Landtagssession ein Handbuch über die Tätigkeit sämtlicher Parteien zum Zwecke der Agitation herauszugeben.

Sozialdem. Verein Triberg: Der Landesvorstand wird beauftragt, zum Gemeindeprogramm einen Kommentar herauszugeben.

•

Im Auftrage der Mandatsprüfungskommission erstattet Christiansen-Freiburg Bericht dahin, daß 114 Mandate ausgestellt seien, davon hätten 57 Orte je 1 Delegierten, 160 je 2, 8 je 3, 1 Ort 4 und 2 Orte je 5 Delegierte entsandt, auch eine Delegierte (Mannheim) ist anwesend. Außerdem sind anwesend 12 Landtagsabgeordnete, der Parteisekretär Dillmann-Frankfurt a. M., sowie die Redaktion des Volksfreund und der Volksstimme und der geschäftliche Leiter des Volksfreund.

•

Es wird alsdann beschlossen, den Punkt 5: Abänderung des Organisationsstatuts mit dem Punkt: Organisation und Agitation zu verbinden.

Im Namen der Statutenberatungskommission referiert alsdann Gen. Dr. Frank über den Organisationsentwurf und die Arbeit der Kommission. Als Grundlage habe man die Reichstagswahlkreise festgelegt, das frühere Landesorganisationsstatut mit dem allgemeinen deutschen Parteistatut verschmolzen und den Monatsbeitrag auf 30 Pf. festgesetzt. (Da das neugeschaffene Statut im Volksfreund und in der Volksstimme veröffentlicht wird, erübrigt sich ein näheres Eingehen auf die Motive der Abänderung der einzelnen Paragraphen.)

Es wird namentliche Abstimmung über die beantragte en bloc-Annahme des Statuts vorgenommen. Mit ja stimmen 55, mit nein 71 Stimmen. Es wird somit in die Diskussion eingetreten.

Es handelt sich zunächst um die Festlegung der Beiträge. Für 20 resp. 25 Pfennig treten ein:

Häusler-Knielingen, Bargolini-Ladenburg, Süßkind-Mannheim, Ewald-Neckarau, Helmstadter-Edingen, Bauer-Feudenheim, Frau Hoffmann-Mannheim, Schäfer-Mannheim. Für 30 Pfennige Brodbeck-Brötzingen, Willi-Karlsruhe, Engler-Freiburg und Brandel-Karlsruhe.

Es wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. In seinem Schlußwort tritt Dr. Frank-Mannheim energisch für den Monatsbeitrag von 30 Pf. ein. Die nachfolgende Abstimmung ergibt Ablehnung dieses Antrages; es wird alsdann festgesetzt, daß der **Monatsbeitrag der politischen Organisationen in Baden 25 Pfennig beträgt.** Schließlich wurde das Statut im ganzen angenommen. Vorher stellte Genosse Dittmann-Frankfurt a. M. gegenüber Bemerkungen des Abg. Süßkind richtig, daß in Frankfurt 40 Pf., in den bei Frankfurt liegenden Orten 20, 25 oder 30 Pf. Monatsbeitrag erhoben werde. Damit war dieser Punkt erledigt.

Genosse Kolb bringt folgende Resolution ein:

Der Parteitag der badischen Sozialdemokratie nimmt von dem durch die Zeitungen bekannt gewordenen Inhalt der Denkschrift der badischen Regierung über die geplante Reform des Personentarifs Kenntnis. Der Parteitag protestiert auf das allerentschiedenste gegen die Stellungnahme der badischen Regierung in dieser für unsere gesamte Volkswirtschaft so wichtigen Frage, die den fast einmütig gefaßten Beschlüssen der Zweiten badischen Kammer widerspricht. Die vorgeschlagenen Tarifsätze bedeuten nicht nur keine den Wünschen der erdrückenden Mehrheit des badischen Volkes entsprechende Vereinfachung der Tarife, sie führen auch, in soweit der Fernverkehr in Betracht kommt, zu einer wesentlichen Verteuerung der Fahrpreise. Der Parteitag nimmt um so entschiedener gegen diese „Reform" Stellung, als es bei einer solchen vor allem auch darauf ankommen muß, für die Massen des Volkes den Fernverkehr zu erleichtern. An die Vertreter der badischen Sozialdemokratie im Landtag richtet der Parteitag die Aufforderung, mit aller Energie darauf hinzuwirken, daß der vom badischen Landtag schon wiederholt befürwortete 2 Pf.-Tarif ohne Schnellzugszuschlag für die 3. Klasse zur Einführung gelangt. Der Parteitag gibt der Erwartung Ausdruck, daß die badische Volksvertretung endlich Vorsorge trifft, um sich ein setzliches Mitwirkungsrecht an der Regelung und Festsetzung der Eisenbahntarife zu sichern. Den Landesvorstand beauftragt der Parteitag, eine Agitation für diese, die Interessen der arbeitenden Klassen tief berührende Frage in die Wege zu leiten.

Es erfolgt einstimmige Annahme.

Hierauf tritt man in die Mittagspause ein.

(Schluß folgt.)

Erste Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen Deutschlands.

Karlsruhe, 11. Februar.

Im Anschluß an den badischen Parteitag fand heute hier die erste Konferenz der sozialistischen jugendlichen Arbeiter Deutschlands statt. Von der Jugendorganisation Mannheim einberufen, sollte die Konferenz bezwecken, einen Verband jugendlicher sozialistischer ArbeiterDeutschlands, fußend auf die zentralistischeGrundlage, herbeizuführen. Die, von Delegierten aus Mannheim, Heidelberg, Pforzheim, Offenburg, Freiburg, Fürth, Mühlheim, Nürnberg, Daxlanden beschickte Konferenz wurde von Wagner-Mannheim nachmittags 2 Uhr eröffnet. Der Redner heißt die zahlreich Erschienenen herzlich willkommen und verliest die eingegangenen Begrüßungsschreiben.

Zum ersten Punkte der Tagesordnung: Bericht über den Stand der Organisation, übergehend, führte zunächst Roth-Pforzheim an, daß die dortige Organisation am Tage des Beginnes der russischen Revolution gegründet wurde und nun 130 Mitglieder zähle. Ihr Verein mache es sich zur Aufgabe, vor allen Dingen die Mitglieder durch belehrende Vorträge zu bilden und in sozialistischem Geiste zu erziehen. Das in Berlin erscheinende Organ: „Die arbeitende Jugend" sei obligatorisch eingeführt.

Schäfer-Nürnberg: Obwohl in Nürnberg noch keine Jugendvereine bestehen, habe ihn der Arbeiterbildungsverein hierher delegiert, und sie würden einem deutschen Verband jugendlicher Arbeiter nicht unsympathisch gegenüberstehen. Bei einem Mitgliederstand von 300 veranstalte der Verein hauptsächlich Kurse des allgemeinen Wissens, wie Buchführung, Rechnen, Stenographie, Nationalökonomie usw., ohne jedoch das rein politische Gebiet zu berühren.

Steyrer-Fürth meint, die Partei zeige gegenüber den Jugendvereinen nicht die genügende Sympathie, obwohl dies doch nur ihr eigenes Interesse wäre, denn die Partei habe die Pflicht, sich eine geschulte Nachkommenschaft zu erziehen. Darum sollte sie auch die Jugendorganisationen nicht nur moralisch, sondern auch materiell unterstützen. Der dortige Verein zähle 272 Mitglieder und veranstalte derselbe neben Vorträgen usw. Ausflüge und Spielabende.

Die Berichte der anderen Delegierten bewegen sich im allgemeinen in demselben Rahmen. Heidelberg hat eine Mitgliederzahl von 65 und es konnte der Delegierte mitteilen, daß sie ihre Tätigkeit auch auf die Umgebung ausdehnten, was das erfreuliche Zeichen zur Folge hatte, daß vor kurzem in Leimen bei Heidelberg ein neuer Verein gegründet wurde. — Der Jugendverein in Offenbach hat 80 Mitglieder und entfaltet nach Angabe des Delegierten eine rege Tätigkeit.

Auf Vorschlag des Genossen Dr. Frank-Mannheim wird nun der zweite Punkt:

Gründnug einer Jugendorganisation Deutschlands

mit in die Debatte eingeflochten. Zur Begündung führte der Redner folgendes aus: Das Bedürfnis, Jugendorganisationen zu gründen, ist erstens dem Umstand entsprungen, die jungen Leute für die Partei und Gewerkschaft heranzuziehen und es wurden früher Rednerschulen usw. gegründet, die denselben Zweck verfolgten. Zweitens kommen die Jungen zu uns, um ihr allgemeines Bildungsbedürfnis zu befriedigen, und so füllen unsere Jugendvereine die Lücken der rückständigenVolksschulbildung aus. — Redner geht nun auf die ausländischen Organisationen ein und bespricht zunächst die Verhältnisse in Belgien. Während dort hauptsächlich Agitation gegen den Militarismus und Politik getrieben wird, lege die österreichische Gruppe ihr Hauptaugenmerk auf das gewerbliche Gebiet, was den dortigen kleinbürgerlichen Verhältnissen der stark betriebenen Lehrlingszüchterei entspringe. Eingehend auf die deutschen Verhältnisse entwirft der Referent ein Bild der Berliner Bewegung, die infolge des preußischen Vereinsgesetzes ebenfalls eine andere Form annehmen mußte, wie in Süddeutschland. Der Redner schildert nunmehr den Stand der Bewegung in Mannheim. Mannheim hat zurzeit etwa 120 Mitglieder, dazu kommen in Feudenheim noch zirka 20 Mitglieder. Außer den Vereinsversammlungen haben wir in Mannheim Diskussionsabende, in denen gewöhnlich ein kurzer Vortrag gehalten wird. Empfehlenswert sind Vorträge über das Leben bedeutender Männer, namentlich sozialistischer Vorkämpfer oder anderer Revolutionäre. In der Diskussion entspinnt sich dann das übliche Fragespiel, darin bestehend, daß einzelne Genossen Anfragen stellen, andere dieselben zu beantworten suchen. Dem Leiter obliegt es dann, unrichtige Antworten richtig zu stellen. Empfehlenswert sind auch Vorträge über naturwissenschaftliche Thematas. Eine ganz besondere Beachtung verdient in der Jugendorganisation die Pflege des Arbeitergesanges, nicht in Form eines Gesangvereins, sondern durch Wieder-Einbürgerung der mehr und mehr außer Gewohnheit gekommenen Gepflogenheit des Absingens revolutionärer Lieder. Die Benutzung der Bibliotheken der Arbeiterschaft, Schaffung von Lesehallen — in Mannheim in Verbindung mit demArbeiterabstinentenbund — gehört gleichfalls mit zu den Aufgaben der Organisationen. Auch Ausflüge sind zu empfehlen. In Mannheim ist die Unterstützung durch die älteren Parteigenossen in anerkennenswerter Weise vorhanden; so haben hier auch die Genossen in mehreren Versammlungen über ihre Erlebnisse zurzeit des Sozialistengesetzes berichtet.

Aus den verschiedensten Gründen ist eine Zentralisation der Bewegung erforderlich. Dafür sind zwei Möglichkeiten gegeben: entweder muß die Erörterung politischer Fragen ausgeschaltet werden, weil sonst ein Zusammenschluß mit den norddeutschen Genossen unmöglich ist, oder wir verzichten nicht auf diese Besprechungen und gründen überall dort, wo es möglich ist, Organisationen, wo dies nicht möglich ist, bestimmen wir Vertrauensleute, die allerdings dem Alter nach nicht mehr in die Organisation gehören würden. Notwendig ist die Schaffung eines Verbandsorgans, das sich in seinem Inhalte dem Vorgehen in der übrigen Art der Agitation anzupassen hat. Das Organ soll vorläufig monatlich einmal vierseitig erscheinen. Nun könnte sich die Frage erheben, ob das Berliner Organ „Die arbeitende Jugend" nicht genüge; sobald wir aber die Berliner Bewegung nicht nachahmen wollen, wenn wir von der politischen Propaganda nicht Abstand nehmen wollen, so müssen wir ein eigenes Organ haben. Es ist deshalb über zwei Vorschläge zu entscheiden. Schaffen wir eine Zentralorganisation, und gründen wir ein eigenes Organ?

In der Diskussion vertritt Bundschuh-Offenbach den Standpunkt, daß man mit der Schaffung der Zentralisation noch zuwarten möge, bis der deutsche Parteitag zu der Frage Stellung genommen hat. Der Redner ist der Ansicht, daß vorläufig die Schaffung einer Zentralstelle genüge, der die Agitation und Leitung der Propaganda unserer Ideen obliegen soll. Die Jugendorganisationen sollen der Partei nicht direkt angeschlossen werden, sondern seien zu Kreisorganisationen zusammenzuschließen. Beiträge an die Zentralkasse können nicht bezahlt werden, da sich eine Erhöhung der Beiträge nicht ermöglichen läßt. Das österreichische Organ taugt nichts für Deutschland, weil das Blatt sich hauptsächlich gegen die Kleinmeister richtet, während wir in Deutschland den Kampf gegen die Großindustrie führen müssen.

Schmitt-Mannheim ist für sofortige Schaffung der Zentralisation, die von der Partei formell unabhängig sein soll. Er verspricht sich ebenfalls keinen Vorteil vom österreichischen und vom Berliner Organ.

Wagner-Mannheim: Für das Organ sind nur die Druckkosten aufzubringen.

Springer-Heidelberg: In den Jugendorganisationen soll vor allem der theoretische Sozialismus gelehrt werden. Die Frage der Organisationsform sollte heute noch nicht entschieden werden. Das Verbandsorgan könnte eventuell durch die Parteikolporteure verkauft werden.

Köppen-Freiburg berichtet über die dortigen Verhältnisse; er ist für politische Betätigung in der Organisation. Der Redner warnt vor dem Beitritt in die bürgerlichen Arbeiterbildungsvereine.

Weiß-Pforzheim hält Zentralisation und Schaffung eines Organs für gleichzeitig notwendig. Der Pforzheimer Verein gedeiht und blüht. Die Gewerkschaften haben ein bedeutendes Interesse an den Jugendorganisationen, weshalb auch von ihnen eventuell eine Unterstützung erlangt werden kann.

Steyrer-Fürth ist ebenfalls für Schaffung der Zentralisation. In Fürth ist neulich ein Flugblatt konfiszziert worden. Eventuell soll vor Schaffung eines Statuts mit den Berliner Genossen noch Rücksprache genommen werden.

Schäfer-Nürnberg ist gegen eine Zentralisation. Was Dr. Frank über die Verhältnisse in der Mannheimer Jugendorganisation anführt, haben die Nürnberger in ihrem Arbeiterbildungsverein.

Als Quintessenz der eingehenden Diskussion wurde nun der Antrag auf Gründung einer Zentralorganisation gegen die Stimmen der Delegierten von Nürnberg und Offenbach angenommen.

Ein weiterer Antrag, betr. die Gründung einer monatlichen Zeitschrift, welche unter der Redaktion des Genossen Dr. Frank in Mannheim erscheinen und „Die junge Garde" betitelt werden soll, kam ebenfalls zur einstimmigen Annahme. Sie soll vom 1. April ab erscheinen.

Badischer Landtag.

(24. Sitzung.)

Karlsruhe, 10. Febr.

Die allgemeine Budgetdebatte

geht ihrem Ende entgegen. Bis Dienstag dürfte die Rednerliste erschöpft sein. Am Samstag sprach zunächst Dr. Schofer, der geistige Vater des vielbesprochenen Waldmichel. Der Eleve Wacker war in seinen Ausführungen auch diesmal sehr schwach. Mit allerhand scholastischen und jesuitischen Spitzfindigkeiten versuchte Herr Dr. Schofer sich zu rechtfertigen. Das Zentrum quittierte bündig mit Bravo, was aber offenbar nur ein Deckungsmanöver war. Der Demokrat Venedey ging mit der Regierung und der Zentrumspartei scharf ins Gericht. Dem Zentrum riß er schonungslos die Maske herunter und die subalterne Auffassung der Regierung inbezug auf ihre Pflichten gegenüber der Sozialdemokratie geißelte er mit trefflichen Worten. Sehr zutreffend waren seine Ausführungen über den säbelrasselnden Zickzackkurs in der Reichs- und auswärtigen Politik, wobei er auch dem in „Ehrfurcht ersterbenden" ultramontanen Reichstagspräsidenten einige schallende Ohrfeigen verabreicht. Genosse Lehmann wies noch einmal kurz die gegen die Sozialdemokratie gerichteten Angriffe zurück und beschäftigte sich dann mit den sozialpolitischen Fragen. Zum Schluß interpellierte er den Minister Schenkel darüber, ob auch in Baden ähnlich wie in Elsaß-Lothringen eine Proskriptionsliste für sozialdemokratische Führer existiere, die im Falle des Ausbruchs eines Krieges verhaftet werden. Minister Schenkel wich dieser ihm sichtlich unangenehmen Frage durch einige Witze aus. Er war diesmal vorsichtiger, wie auf dem letzten Landtag, als er die Existenz der Schnüffelbogen leugnete. Uns ist glaubwürdig versichert worden, daß auch in Baden eine Liste für eventuell zu verhaftende Sozialdemokraten existiert und die verlegene Ausrede des Ministers hat unserm Gewährsmann recht gegeben. Darüber sind die Akten noch nicht geschlossen. Was der Herr Minister über das Vorgehen gegenüber der Sozialdemokratie sagte, waren wieder „olle Kamellen". Bestätigt hat er, daß das Konstanzer Verbot auf „Anregung" des Reichskanzlers erfolgt ist. Auch darüber wird mit dem Minister noch gesprochen werden.

Heute Montag ist Fortsetzung der Debatte. Von unserer Seite wird noch Genosse Pfeiffle zum Wort kommen.

(Wegen Raummangels müssen wir den Bericht auf morgen zurückstellen.)

Badische Politik.

Zentrumssiege!

Bei den Nachwahlen in Bruchsal-Stadt und Bonndorf hat sich das Zentrum glänzend behauptet.

Im ersteren Kreise erhielt Wiedemann (Zentr.) 1290, Hoffmann (lib.) 940 Stimmen. Noch ungünstiger für den Block ist das Ergebnis in Bonndorf-Waldshut. Dortselbst entfielen auf Wittemann (Zentr.) 3286, auf Kriechle (lib.) 2601 Stimmen. Interessieren dürfte das Resultat von Gündelwangen. In der Haupt-

---

Spielplan des Großh. Hoftheaters.

Spielplan für die Zeit vom 12. Februar bis mit 19. Februar 1906.

Montag, 12. Febr. B. 42. Statt Kabale und Liebe: **Macbeth.** Trauerspiel in 5 Akten von Shakespeare, übersetzt von Tieck. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Dienstag, 13. Febr. C. 43 (nicht 42). Statt Die Jüdin: **Bajazzo.** Drama in 2 Akten und einem Prolog, Dichtung und Musik von R. Leoncavallo. — **Coppelia.** Ballet in 2 Abteilungen von Ch. Nutter und A. Saint Leon, Musik von Leo Delibes. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Donnerstag, 15. Febr. B. 43. Erstes Gastspiel von August Junkermann: Zum erstenmal: **Onkel Bräsig.** Lebensbild in 5 Akten nach Fritz Reutters Stromtid. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Freitag, 16. Febr. C. 42 (nicht 43). **Orpheus in der Unterwelt.** Burleske Oper in 2 Akten und 4 Bildern nach dem Französischen des Hector Cremieux. Musik von Offenbach. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Samstag, 17. Febr. A. 44. **Der Graf von Charolais.** Trauerspiel in 5 Akten von Richard Hoffmann. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Sonntag, 18. Febr. 14. auß. Ab. **Die Meistersinger von Nürnberg** in 3 Akten von R. Wagner. Anfang 6 Uhr, Ende gegen 11 Uhr.

Vorläufige Ankündigung:

Montag, 19. Febr. A 43. Zweites Gastspiel von August Junkermann: **Onkel Bräsig.** Lebensbild in 5 Akten nach Fritz Reutters Stromtid. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Plutus. (6. Heft): Kommerzienräte; Reichskassenscheine. Von Dr. Max Warnad-Berlin; Börsenkritik; Bankbeamtenelend; Gedanken über den Geldmarkt.

(19. Oktober v. J.) hatten erhalten Wittemann 39, Kriechle 42 Stimmen, Eichhorn 1 Stimme. Am Samstag erhielt Wittemann 45, Kriechle gleichfalls 45 Stimmen.

Wir kommen auf die geradezu verblüffenden Resultate der Nachwahlen noch zurück.

Hilfe den Eisenbahnern.

Wie die Karlsr. Zeitung erfährt, wird der von der Regierung bereits angekündigte Nachtrag zum Eisenbahnbetriebsbudget eine Anforderung von 1½ Millionen Mark für Erhöhung der Bezüge sämtlicher Eisenbahnarbeiter enthalten.

Behufs Regelung der Lohnverhältnisse der Werkstättearbeiter ist eine Lohnordnung nebst Lohntarif aufgestellt worden, während die für die Arbeiter des Betriebs-, Bahnunterhaltungs- und Magazindienstes bereits bestehende Lohnordnung samt Tarif in mehreren wesentlichen Punkten abgeändert wird.

Die Durchführung dieser neuen Bestimmungen, die mit Rückwirkung vom 1. Januar d. J. ab erfolgen soll, wird den oben angegebenen Aufwand verursachen. Es ist beabsichtigt, alsbald mit Wirkung vom 1. Januar an allen Eisenbahnarbeitern einen **Zuschlag von 10 Proz.** auszahlen zu lassen, bis die endgiltige Regelung nach den genannten Lohnordnungen durchgeführt werden kann.

Ein Verband badischer Eisenbahnbeamten- und Eisenbahnarbeitervereine

hat sich gestern in Karlsruhe gegründet. Im Namen der eingeladenen sozialdemokratischen Landtagsfraktion sprach u. a. auch Gen. Kolb. Es wurde eine Resolution angenommen, die Verbesserung der Lage der Eisenbahnbeamten und Arbeiter verlangt.

Die Erste Kammer hielt am Samstag unter dem Vorsitz des Prinzen Karl eine Sitzung ab und genehmigte die Budgetpositionen betr. Erstellung eines zweiten Gleises auf der Linie Neckarelz-Osterburken und Verbesserung der Landstraße von Wolfach nach Rippoldsau. Nächste Sitzung 17. Februar.

Die bad. Denkschrift über die Personentaritreform.

Karlsruhe, 11. Febr. Die von der Generaldirektion ausgearbeitete Denkschrift, die dem Eisenbahnrat zugeht, ist soeben erschienen und gibt in der Einleitung einen Ueberblick über die bisher geführten Verhandlungen, betont aber dabei, daß die endgiltige Entschließung bis nach erfolgtem Benehmen mit dem Eisenbahnrat und den Landständen vorbehalten bleibe. Ueber die Reformbedürftigkeit der Personentarife habe bei den Eisenbahnverwaltungen Uebereinstimmung geherrscht, vor allem auch darüber, daß dieselbe sich weniger in der Richtung einer Verbilligung, als einer Vereinheitlichung und Vereinfachung der Tarife bewege. Als Grundlage der Reform soll die Aufhebung der Preisermäßigung für Rückfahrtkarten dienen. Eingehend beschäftigt sich die Denkschrift mit der Frage der

Aufhebung des Kilometerheftes,

und gelangt zu dem Schluß, daß die Einführung der Kilometerhefte für Baden eine stärkere Einnahmevermehrung als insbesondere bei den Nachbarbahnen nicht mit sich gebracht habe, daß dagegen seit jener Tarifmaßnahme die in Betracht kommenden Zugsleistungen im Verhältnis zur Einnahmesteigerung bei den badischen Bahnen stärker gestiegen sind, als bei den andern deutschen Bahnen. Es habe hiernach bei der badischen Staatsbahnverwaltung kein Zweifel bestanden, daß bei einer Neugestaltung der Tarife, die im ganzen mit einer Herabsetzung der Fahrpreise verbunden sei, die Fortgewährung einer Preisbegünstigung bei den Kilometerheften ausgeschlossen sei; es sei deshalb die Aufhebung der Kilometerhefte in Aussicht genommen.

Die wichtigste und schwierigste Frage sei aber, ob die 4. Klasse für Baden übernommen werden solle oder nicht. Die bayerische Verwaltung habe den vorgeschlagenen Einheitssätzen zugestimmt, die 4. Klasse aber abgelehnt, um aber zu einer möglichst weitgehenden Einheitlichkeit zu gelangen, den Zwei-Pfennig-Tarif für die 3. Klasse in den Personenzügen in Aussicht genommen. Die badische Verwaltung ist zu dem Schluß gekommen, den bayerischen Vorschlag zu empfehlen. Für die Schnellzugszuschläge wurde folgender Tarif vereinbart:

	1./2. Kl.	3. Kl.
1. Zone bis 75 km	0,50 Mk.	0,25 Mk.
2. „ 76—150 „	1,— „	0,50 „
3. „ über 150 „	2,— „	1,— „

Folgende **Ausnahmetarife** sollen beibehalten werden: 1. Preisermäßigung für Kinder unter 10 Jahren, 2. Militärfahrpreise, 3. Zeitkarten, 4. Arbeiterwochenkarten, 5 Ausnahmetarife für Ausflüge zu wissenschaftlichen usw. Zwecken, 6. Badekarten, 7. Sonntags- und Sommerkarten, 8. Fahrpreisermäßigung für Sonderzüge, 9. Vorortstarife, badischer Lokalzugstarif, 10. Fahrpreisermäßigung für festliche Veranstaltungen.

Aufgehoben sollen werden: Ermäßigung für Rückfahrtkarten, für feste Rundreisekarten, für die zusammenstellbaren Fahrscheinhefte, die Kilometerhefte, wie die württembergische Landeskarte, die Fahrscheinbücher für 30 Fahrten, Fahrpreisermäßigung für Arbeitsvermittelung, für gemeinschaftliche Reisen. Die badische Verwaltung schlägt demnach vor, den Reformvorschlägen beizutreten mit der von Bayern beabsichtigten Aenderung, daß unter Nichteinführung der 4. Klasse der Satz von 2 Pfennigen für die 3. Klasse in den Personenzügen gewährt werden soll.

(Ueber die Stellung der badischen Sozialdemokratie siehe Resolution des Parteitages. Red. d. Volksfr.)

Deutsche Politik.

Pod und Bülow eine Seele.

Auf dem Festmahl des Landwirtschaftsrats hat, wie schon mitgeteilt, Bülow kräftig in Agrarpolitik gemacht. Vor allem hat er die Gelegenheit wahrgenommen, vermutlich sogar gesucht, seine Hoffnung auszusprechen, daß Pod's „praktischer Blick und Organisationstalent der Landwirtschaft noch lange an verantwortlicher Stelle erhalten bleiben mögen". Unter diesen Umständen ist es auch nicht verwunderlich, wenn Bülow „seine Haltung für selbstverständlich" erklärt, was wir allerdings auch immer gemeint haben angesichts der alten „Kameradschaft" des Kanzlers und der Agrarier. Daß die Rede überdies für die Draußenstehenden berechnet war, beweist die Aufwärmung der ollen Kamellen von der Seuchengefahr.

Wenn aber ein Minister, dem nachgerade genügend dargetan ist, daß seine anderen nachgeplapperte bezügl. Behauptung jeder sachlichen Grundlage entbehrt, sich gar nicht die Mühe nimmt, darauf einzugehen, sondern wiederum dieselbe schale Weisheit verzapft, so darf er sich nicht wundern, wenn das Volk die Ueberzeugung gewinnt, daß er, der Minister, gar nicht belehrt sein wolle. Ein solcher Minister kommt dann natürlich sehr leicht zu den lächerlichen Tiraden seiner „Kameraden", unter denen er sich so wohl fühlt und deklamiert über die Bekämpfung des Bauernstandes durch die Sozialdemokratie, als hätte er irgend eins der agrarischen Wahlflugblätter von Hinter-Dingsda auswendig gelernt. Diese Flugblätter laufen ja auch sämtlich auf den Refrain der Bülow'schen Rede hinaus, „daß die Sozialdemokratie den Besitz des Bauernstandes zertrümmern wolle; dann könne der Bauer die Ehre haben, sich der Sozialdemokratie anzuschließen und im roten Meer ersaufen".

Nun, die Bauern sind nicht so dumm, wie sie Bülow verkaufen möchte. Wo der Bauer frei und unabhängig ist, da zeigt er steigendes Verständnis für die Bewegung, die ihn mit befreit. Nur wo der Bauernstand von dem Großgrundbesitzertum, wie in Ostelbien, vom Erdboden rasiert ist und sich nur Hörige, jener von Bülow so geliebten Junker befinden, die wirtschaftliche und sonstige Uebermacht den weißen Sklaven fühlbar gemacht wird, da kommen noch Wahlen zustande, die dem Kanzler ermöglichen, seine „Kameraden" überhaupt noch im Reichstag zu sehen.

Podbielski hat dann auch eine Rede gehalten, die auf den Bülow'schen Ton gestimmt war. Und Graf Ballestrem, der Präsident des Reichstags, beeilte sich zu sagen: So nehmt auch mich zum Genossen an! Ich sei, gewährt mir die Bitte, in eurem Bunde der Dritte!

Die Reichsregierung

einschließlich des Sozial-Politik-Ministers Posadowsky, hatte keine Zeit und keinen Anlaß gefunden, sich auf dem Tabakarbeiterkongreß vertreten zu lassen.

Aber Anlaß, Zeit und 35 Kommissare hatte die Reichsregierung übrig bei einem Vortrage, den Professor Behring vor dem Landwirtschaftsrat über Tuberkulose-Bekämpfung beim Rindvieh hielt.

Das Rindvieh ist in Preußen schon lange entscheidend.

Ausland.

Allgemeines.

Holland. Die Angriffe des deutschen Reichstagsabgeordneten Paasche auf die Ehre der holländischen Kolonialbeamten wurden in der ersten Kammer von den Abgeordneten und dem Kolonialminister zurückgewiesen.

Aus der Partei.

Zur Wahl im 39. Bezirk.

Daxlanden, 12. Febr. Im überfüllten Saale des Gasthauses zum Schiff sprach gestern Nachmittag Landtagsabgeordneter Kräuter aus Freiburg über die bevorstehende Landtagswahl. Er geißelte in scharfen Worten die Stellungnahme des Zentrums zu den wichtigsten Fragen unserer Kulturaufgaben und forderte zum Schluß die Anwesenden auf, am 15. Februar dieser Partei mit dem Stimmzettel unseres Genossen Lutz die richtige Antwort zu geben. Der überaus zahlreiche Besuch, sowie die gute Stimmung in der Versammlung deuten zweifellos daraufhin, daß wir am 15. Februar mit einem großen Stimmenzuwachs zu rechnen haben.

Neubburgweier, 12. Febr. Die gestrige Wählerversammlung im Adler war gut besucht. Genosse Sauer aus Karlsruhe geißelte in einstündiger Rede den Volksverrat des Zentrums und machte die Anwesenden mit den Aufgaben des Landtags und der sozialdemokratischen Partei bekannt. Durch lebhaften Beifall erklärte sich die Versammlung mit dem Referenten einverstanden und versprach, für eine Vermehrung unserer Stimmen Sorge zu tragen.

Während Sauer im Adler sprach, hatten sich die Zentrumswähler in den Drei Lilien versammelt. Hier verglich Revisor Tränkle aus Karlsruhe die Sozialdemokraten mit einem Rattenfänger. Echt zentrümlich. Hoffentlich sorgen die hiesigen Genossen dafür, daß diese Verächtlichmachung durch Vermehrung unserer Stimmen die gebührende Belohnung findet.

Durmersheim, 12. Febr. Hier sprach gestern Abend in einer im „Hirsch" stattgehabten Landtagswähler-Versammlung Arbeitersekretär Willi aus Karlsruhe unter großem Beifall der zahlreich erschienenen Zuhörerschaft. Wir dürfen auf eine Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen rechnen.

Der Abg. Genosse Cramer

in Darmstadt hat wegen eines Besuchs beim Großherzog ein Tadelsvotum der Parteiversammlung erhalten; er will beide Mandate niederlegen.

Der Prozeß gegen die Leipziger Volkszeitung wegen 25 Artikel wurde am Freitag nicht zu Ende geführt. Nach den Plaidoyers des Oberstaatsanwalts und der Verteidiger wurde die Verhandlung bis heute vertagt. Nach einem Schlußwort des Angeklagten soll das Urteil heute verkündet werden. Der Oberstaatsanwalt hatte ein bestimmtes Strafmaß nicht beantragt, aber zu den Richtern gewendet gesagt: Sie werden sehr hoch greifen müssen!

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

g. **Ein Gewerkschaftshaus** wird in absehbarer Zeit auch in Nürnberg erstehen. Der deutsche Metallarbeiterverband, dessen reisende Mitglieder durch die trostlosen Zustände im Herbergswesen Nürnbergs besonders zu leiden haben, hat in der Karthäusergasse beim Germanischen Museum drei Häuser um 107 000 Mk. angekauft, die niedergerissen werden sollen, um einem Neubau Platz zu machen. In diesem werden Herbergs-, Wirtschafts-, Sitzungsräume und Lokalitäten für Bureauzwecke eingerichtet.

G. **Unternehmerterrorismus.** Bekanntlich haben vor kurzem die bei den Meistern beschäftigten Büttner Kulmbachs die Arbeit bedingungslos aufgenommen, weil sich zu viel Arbeitswillige fanden. Als die Gehilfen sich weigerten, aus dem Verbande auszutreten, wurden sie von neuem ausgesperrt. Als Bedingung für das Eintreten in Unterhandlungen stellten die Meister die Bedingung, daß die Volkstribüne nichts mehr über sie bringe. Dies konnte selbstverständlich nicht angenommen werden, worauf sämtliche organisierte Gehilfen definitiv entlassen wurden. Es soll nun als Antwort hierauf gegen die Brauereien, die Fässer von den Meistern beziehen, vorgegangen werden.

Badische Chronik.

△ **Bruchsal,** 11. Febr. Zurzeit werden im Bauhof dahier Abbrucharbeiten an den Stallungen und Reitbahnen ausgeführt. Ein größeres Unglück hätte nun am Samstag Nachmittag entstehen können. Die Reitbahn II ward bis aufs Gerippe abgebrochen, als dieselbe gegen 5 Uhr in sich zusammenbrach. Glücklicherweise hatten Menschen keinen Schaden genommen, trotzdem eine Anzahl daselbst beschäftigt war. Nicht genügenden Schutz dürfte die Ursache sein, wie man uns erzählt, es war nichts abgesprietzt. Für was auch solches, das kostet nur Geld, Geld aber will das Unternehmertum nicht ausgeben, wenn auch Menschenleben gefährdet sind. Nicht genug kann um einen besseren Bauarbeiterschutz geschrien werden.

— Am Dienstag, den 13. Februar, beginnt ein neuer Zyklus der Bruchsaler Volksvorlesungen. Herr Lehramtspraktikant Dr. Sevin wird über die Einheitsgeschichte des deutschen Reichs 1848—71 sprechen.

Pforzheim, 10. Febr. Ein hiesiger Architekt Herm. Krum, der sich vor einiger Zeit hier niedergelassen, beabsichtigt mit Unterstützung fremder Kapitalisten in der belebtesten Gegend der Stadt, in der westlichen Karl Friedrichstraße, zwischen Lamm- und Leopoldstraße einen Passagebau zu errichten. Derselbe soll Raum für 60 Läden, Restaurants und einen Saal- und Theaterbau bieten. Die Bausumme wird nach dem Projekt mit 2 Millionen bezeichnet.

* **Lahr,** 10. Febr. In Kippenheim kamen etwa 1000 Ztr., in Friesenheim ca. 900 Ztr. Tabak zur Verwiegung. Es wurden schöne Preise erzielt. Ersterer Ort erlöste etwa 30 000 Mk.

St. Georgen, 10. Febr. Die Umlage für 1906 mußte von 66 auf 72 Pfg. erhöht werden.

Lörrach, 10. Febr. In Weil brannte die Scheune der Landwirte Mehlin und Aug. Müller nieder. Zahlreiche Erntevorräte verbrannten. Der Schaden beträgt über 10 000 Mk.

Vom Swarzwald, 10. Febr. In den letzten Tagen fiel starker Neuschnee. Neben dem Skisport kommt auch der Rodelsport zur Blüte.

* **Konstanz,** 10. Febr. In Wollmatingen brannte das Armenhaus nieder. Man vermutet Brandstiftung.

* **St. Leon** (A. Wiesloch), 10. Febr. Hier ist ein Rückgang des Tabakbaues zu konstotieren. Es kamen nur ca. 800 Ztr. zur Verwiegung. Es wurden 30 bis 32 Mk. pro Zentner bezahlt.

* **Neckarelz,** 10. Febr. Der Fuhrmann Jakob Frey wurde von einem Pferde derart geschlagen, daß er starb.

— Der verheiratete Friedrich Faustmann fiel, wie das Heidelberger Tagblatt meldet, vom Scheuergebälk und war sofort tot.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe,** 12. Febr.

Das badische Arbeiterparlament,

das gestern und vorgestern in der Residenz tagte, war überaus stark besucht. Mit Genugtuung konnte die Mandatsprüfungskommission feststellen, daß 114 Delegierte eingetroffen waren. Leider ergaben schon die Verhandlungen am Samstag nachmittag, daß große Versammlungssäle sich zu ähnlichen Konferenzen nicht gut eignen. Trotz intensiver Heizung des Saales zum Kühlen Krug bekamen viele Delegierte durch das ruhige Sitzen im Saale kalte Füße und das innere und äußere Behagen war dadurch wesentlich beeinträchtigt. Man wird gut tun, die Lehre, die dieser Kongreß gegeben, zu beherzigen.

Einigermaßen ausgesöhnt mit diesen mißlichen Verhältnissen wurden die Delegierten durch das Bankett, das ihnen zu Ehren die hiesigen Genossen in demselben Saale arrangiert hatten. Machtvoll und imponierend schallten die herrlichen Gesänge des hiesigen Sängerkartells durch den gut besetzten Saal; unsere Sänger haben diese Probe ihrer Leistungsfähigkeit gut bestanden. Auch der Damen-Reigen gliederte sich hübsch in den Rahmen der Veranstaltung ein. Während des Banketts hielten Genosse Frank und Genossin Hoffmann-Mannheim kurze, Begeisterung entfachende Ansprachen. Um halb 1 Uhr wurden die Festteilnehmer durch besonders gestellte Wagen der Straßenbahn in die Stadt zurückgeführt.

Was das Ergebnis der Verhandlungen selbst anbelangt, so finden unsere Leser bereits in der heutigen Nummer den größten Teil des Parteitagsberichts. In der Nachmittagssitzung nahm man noch die Referate der Genossen Süßkind und Eichhorn über die Städteordnung und die Volksschule entgegen wählte als Vorort wieder Karlsruhe und bestimmte zur Abhaltung des nächsten Parteitages Freiburg. In einer Resolution erklärte man sich scharf gegen die Maßnahmen der Polizeibehörden anläßlich des roten Sonntags und ging um ½6 Uhr nach Absingung der Marseillaise auseinander.

Als Quintessenz der Verhandlungen betrachten wir die Schaffung eines Organisationsstatuts. Die sonstige kritische Würdigung des Parteitages behalten wir uns vor.

Zugleich tagte eine Konferenz sozialistischer Jugendvereine, über deren Verlauf sich unsere Leser gleichfalls aus dem Bericht orientieren können. Diese Tagung hat bei allen Teilnehmern einen recht guten Eindruck hinterlassen.

Voranschläge städtischer Kassen.

Die Entwürfe der Voranschläge der nachbezeichneten Kassen für das laufende Jahr wurden vom Stadtrat genehmigt: Gaswerkskasse (Ablieferung an die Stadtkasse 615 137 Mk. gegen 610 357 Mk. im Vorjahre); Wasserwerkskasse (Ablieferung 424 571 Mk. gegen 402 720 Mk.); Elektrizitätswerkskasse (Ablieferung 120 219 Mk. gegen 93 152 Mark); Stadtgartenkasse (Zuschuß der Stadtkasse 22 162 Mk. gegen 28 137 Mk. im Vorjahre); Verbrauchssteuerkasse (Ablieferung 349 188 Mk. gegen 335 676 Mk.); Schlacht- und Viehhofkasse (Ablieferung 86 399 Mk. gegen 87 781 Mk.); Friedhofkasse (Zuschuß der Stadtkasse infolge Aufrechnung des Mietwerts der Gebäude und des Geländes des Friedhofes und infolge größerer Herstellungen 31 895 Mk. gegen eine Ablieferung von 21 540 Mk. im Vorjahre); Realgymnasiumskasse (Zuschuß der Stadtkasse 104 643 Mk. gegen 105 575 Mk.); Kasse der Höheren Mädchenschule und des Mädchengymnasiums (Zuschuß der Stadtkasse 89 390 Mk. gegen 93 864 Mark); Realschulenkasse (Zuschuß der Stadtkasse 146 256 Mk. gegen 140 681 Mk.); Gewerbeschulkasse (Zuschuß der Stadtkasse 83 808 Mk. gegen 40 713 Mk. im Vorjahre).

---

* **Die Teilnehmer am Diskussionsabend des Gewerkschaftskartells** werden darauf aufmerksam gemacht, daß die heutige Sitzung Umstände halber ausfällt. Nächste Sitzung Montag den 19. d. M.

* **Im national-sozialen Verein** wird am Dienstag den 13. ds., Herr Maler Hans Kampffmeyer über „die deutsche Gartenstadt" sprechen. Der Vortrag, der allgemein zugänglich ist, findet im Saal III der Brauerei Schrempp statt.

Verein Volksbildung. Sonntag den 18. Febr., abends 8 Uhr, hält im Hörsaal der Technischen Hochschule Herr Prof. Dr. Haberer unter Vorführung von Lichtbildern einen Vortrag über: „Kulturelles und Ethnographisches aus Japan". Karten zu je 20 Pfg. sind für die persönlichen Mitglieder in der Geschäftsstelle des Vereins, Karl-Friedrichstraße 14, für die korporativen Mitglieder bei deren Arbeitervertreter zu haben.

Ferner findet Mittwoch den 28. Februar, abends halb 8 Uhr, eine Theatervorstellung statt, und zwar gelangt zur Aufführung die Oper „Barfüßele" und „Phantasien im Bremer Ratskeller". Die Preise der Plätze sind etwas erhöht. Die Billets werden für die persönlichen Mitglieder in der Geschäftsstelle des Vereins ausgegeben; die Tage der Ausgabe werden noch veröffentlicht.

* **Dampfer Karlsruhe.** Die Hafendirektion Köln hat dem Stadtrat telegraphisch mitgeteilt, daß der „Karlsruhe" benannte erste Rhein-Seedampfer der Hamburg-Amerika-Linie am Donnerstag in Köln vom Stapel gelassen worden sei. Der Stadtrat hat das Telegramm mit herzlichen Wünschen für das neue Schiff, seine Besatzung und seine Eigentümerin erwidert und beschlossen, ein Bild von Karlsruhe (Vogelperspektivbild unter Glas und Rahmen) für den Dampfer zu stiften.

* **Gewerbeschule.** Beim Bürgerausschuß wird die Zustimmung dazu beantragt, daß für Karlsruhe ein Ortsstatut über den Pflichtbesuch der Gewerbeschule (für die in bestimmten Gewerben beschäftigten Arbeiter — Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge — beiderlei Geschlechts unter 18 Jahren) erlassen werde.

Ferner wird die Zustimmung des Bürgerausschusses dazu nachgesucht, daß mit dem großh. Landesgewerbeamt — Abteilung II — wegen Vermehrung der Zahl der etatmäßigen Lehrerstellen an der Gewerbeschule ein Nachtrag zu den Anstaltssatzungen vereinbart werde.

* **Zwei Frauen** aus dem Stadtteil Mühlburg wurden am Dienstag Nachmittag dabei betreten, als sie in einem hiesigen Geschäftshause auf der Kaiserstr. Waren im Betrag von 20 Mk. stahlen und sie in einem außerhalb stehenden Kinderwagen verbargen.

* **Der städt. Maskenball.** Das Brutto-Erträgnis des am 3. d. M. in der Festhalle veranstalteten 1. diesjährigen großen Maskenballes beläuft sich auf 7005 Mk. 97 Pf. gegen 6430 Mk. 66 Pf. vom 1. Balle im Vorjahre.

An die Liberalen und Demokraten

des 39. Bezirks.

In Uebereinstimmung mit der Parteileitung der Deutschen Volkspartei in Baden ersuche ich die Wähler, die mir bei der ersten Wahl ihre Stimme gegeben haben, bei der **jetzigen** Wahl **sofort für den Kandidaten der Sozialdemokratie,**

Herrn Apotheker **Th. Lutz**

zu stimmen.

Wähler! Sorgt dafür, daß keine liberale und demokratische Stimme dem sozialdemokratischen Kandidaten verloren geht.

Karlsruhe, den 12. Februar 1906.

Dr. Ludwig Haas,
Rechtsanwalt in Karlsruhe.

Reichstag.

Berlin, 10. Febr

39. Sitzung.

Tagesordnung: Interpellation Singer und Genossen betr. das Gruben-Unglück auf der Zeche Borussia. Sie lautet jetzt:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß durch Außerachtlassung der reichsgesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen am 10. Juli 1905 auf der Kohlenzeche Borussia bei Dortmund ein Schachtbrand eingetreten ist, durch den 39 Arbeiter getötet worden sind? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, damit ähnlichen Grubenunglücksfällen vorgebeugt wird?

Staatssekretär Graf **Posadowsky** erklärt: Der Reichskanzler lehnt die Beantwortung der Interpellation ab, weil die bisherigen Untersuchungen nicht den geringsten Anhalt dafür geliefert haben, daß irgend eine Verletzung irgendwelcher reichsgesetzlichen Vorschriften den Anlaß zu dem bedauerlichen Unglücksfall gegeben haben.

Auf Antrag Singer findet dennoch Besprechung der Interpellation statt.

Abg. **Bömelburg** (Soz.): Wenn der Reichskanzler am Dienstag und heute die Beantwortung abgelehnt hat, so muß das im Volke angesichts des großen Unglücks verbittern. Im Hinblick auf die Kinder, die ihre Väter verloren haben, im Hinblick auf die Seelenqualen, welche die Frauen der Verunglückten durchzumachen haben, und im Hinblick auf den Bergarbeiterstand hätten weder der Reichskanzler die Kompetenzfrage aufwerfen, noch auch die Nationalliberalen und die Rechte am vorigen Dienstag die Besprechung der Interpellation ablehnen sollen. Aus verschiedenen Gründen ist die vorliegende Materie eine Reichsangelegenheit. Es kommen die Unfallverhütungsvorschriften in Betracht, die Gewerbeinspektion und das Strafgesetz, und alle drei ressortieren vom Reiche. Aber wenn es auch keine Reichssache wäre, so hätte die Regierung auch so allen Anlaß gehabt, der Oeffentlichkeit Aufklärung zu geben.

Die Verhandlung im preußischen Abgeordnetenhause hat gezeigt, daß vieles faul im Staate Dänemark ist. Obwohl das Unglück schon im Juli passiert ist, hat der Staatsanwalt erst Anfang Oktober gegen den Betriebsführer Köter das Verfahren eingeleitet, aber bis heute sind noch keine Zeugen vernommen worden. Merkwürdig, in diesem Falle mahlt die Mühle der Gerechtigkeit langsam, sehr langsam. Nach dem großen Streik war der Staatsanwalt schneller bei der Hand, und bei den Vorkommnissen in Dresden hat der Justizminister ausdrücklich die Anweisung gegeben, schnell mit den Angeklagten vorzugehen. Die Lampe, auf deren Explosion der Brand zurückzuführen ist, war in völlig unbrauchbarem Zustande und hatte nicht eine einzige Scheibe. Die Lampe konnte nicht einmal im Lampengehäuse stehen, sondern mußte mit Steinen gestützt werden. An der betreffenden Stelle durfte nach der bergpolizeilichen Verordnung eine Petroleumlampe überhaupt nicht verwendet werden, weil sie feuergefährlich war. Haben die Revierbeamten ferner nicht gewußt, daß an der Stelle sechs Monate vorher schon durch eine Petroleumlampe ein großer Brand entstanden war? Ferner ist die vorgeschriebene Berieselung des Füllortes unterblieben. Auch fehlten nach Ansicht des preußischen Ministers die Löschapparate. Die Berieselungsanlage für die Schächte war entgegen der Meinung des Ministers und der Darstellung der Bergbehörde seit Monaten nicht in Funktion. Daß das Feuer so schnell um sich griff, ist ein Beweis, daß der Schacht pulvertrocken war. Als die Rettungsarbeiten beginnen sollten, fehlten die Rettungsapparate, weil die Arbeiterschutzbestimmungen, wie der Minister Delbrück betonte, nicht für jedes Bergwerk Rettungsapparate vorschreiben, ein Beweis, wie mangelhaft die Arbeiterschutzbestimmungen sind. Die Schuld an dem Unglück tragen allein die Bergwerksleitung und die revidierenden Beamten, und seitens der Regierung sollte deutlich zum Ausdruck gebracht werden, daß man in Zukunft eine solche Lotterwirtschaft nicht mehr haben will. Diese Wirtschaft kann nur dadurch beseitigt werden, daß die Arbeiter an der Berginspektion Anteil erhalten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Giesberts (Zentr.) bemerkt, daß die Regierung heute, sieben Monate nach dem Unglück, noch nicht über dasselbe informiert sei, lasse darauf schließen, daß etwas faul sei. Erforderlich sei eine Kontrolle seitens der Arbeiter und ein Reichsberggesetz.

Abg. Dr. Beumer (natl.): Daß meine Partei am vorigen Dienstag die Interpellation nicht unterstützt hat — (Zuruf des Abg. Hoffmann-Berlin (Soz.) Sieht ihr ähnlich!) Herr Abgeordneter Hoffmann, wenn ich in Ihrer Grammatik sprechen wollte, würde ich sagen: „Unterbrechen Sie mir nicht so oft!" (Zuruf des Abg. Hoffmann: Wenn ich so lange die Schulbank gedrückt hätte, dann wäre ich nicht halb so dumm wie Sie.)

Präsident Graf **Ballestrem** ruft den Abg. Hoffmann zur Ordnung, weil er dem Redner Dummheit nachgesagt habe.

Abg. **Beumer** (fortfahrend): Ich bedauere, daß die Bergverwaltung über das Unglück keinen Bericht herausgegeben hat. Die Bewässerungsanlagen sind auf dem Bergwerk an sich gut. Daß der Schacht nur mit Holz verkleidet ist, liegt an den finanziellen Verhältnissen der Grube. Meine Freunde sind der Ansicht, daß eine **Sicherung der Grubenbetriebe** nicht durch Arbeiterkontrolleure, sondern **durch technische Vorrichtungen** zu erzielen sei. Die Unternehmer oder Kohlenprotzen, wie Bömelburg sagte, haben ein großes Interesse daran, daß in den Betrieben kein Unglück vorkommt, das Menschenleben oder Vermögen vernichtet. Die Kontrolle könne nur von erfahrenen und wissenschaftlich ausgebildeten Beamten ausgeübt werden.

Abg. **Lenzmann** (fr. Vp.): Bedauerlicherweise gebe die Verfassung kein Mittel an die Hand, den Reichskanzler zu zwingen, hier Rede und Antwort zu stehen.

Abg. **Kulerski** (Pole): Wären statt Menschen Tiere in den Gruben beschäftigt gewesen, die Kosten verursachten, so wären die Mißstände beseitigt worden.

Abg. Hué (Soz.): Die Grube hat in den siebziger Jahren 30 bis 40 Prozent Dividenden bezahlt (Hört, hört!); allerdings war das nur möglich, weil man damals einfach Raubbau getrieben hat und dabei die besten Flötze hat verkommen lassen. Die Rede des Herrn Ministers Delbrück hat mich einigermaßen sympathisch berührt, und zwar deshalb, weil er vermieden hat, die armen Opfer des Unglücks auch noch zu beschimpfen, wie das früher von seiner Stelle aus öfter geschehen ist. Ich behaupte und bin bereit, diese Behauptung auch außerhalb dieses Hauses zu wiederholen, daß der Minister in wesentlichen Punkten falsch berichtet worden ist. So unsympathisch mir der Betriebsführer ist, ich kann doch nicht zugeben, daß er allein der Schuldige sei. Die Betriebsführer haben ebenso wie die Steiger und die Arbeiter selbst unter dem System zu leiden, das nur darauf hinaus geht, möglichst viel zu produzieren. Die Hauptschuldigen sitzen in den Bureaus der großen Bankhäuser in Berlin Frankfurt, Köln, Essen; ich nenne speziell die Essener Kreditanstalt. Hier, wo man die Verhältnisse in den Gruben gar nicht kennt, wird entschieden über Leben und Tod von Hunderttausenden von Bergleuten. Der Minister hat behauptet, es sei eine Berieselungsanlage da gewesen, und nur in der Nacht vor dem Unglück sei die Berieselung auf zwei Stunden eingestellt worden. Demgegenüber ist mir soeben telegraphisch mitgeteilt worden: „Grube war monatelang nicht berieselt (Hört, hört!), Schachthölzer waren mit trockenem Kohlenstaub bedeckt, Arbeiter mußten wegen des Staubes beim Ein- und Ausfahren die Augen schließen." Wir haben auf jede Weise versucht, die Sache zur gerichtlichen Feststellung zu bringen, aber alle unsere Versuche sind fehlgeschlagen. Statt daß die Lohnverhältnisse in den Gruben- und Hüttenbetrieben verbessert werden, ziehen Leute wie Stines und Thyssen Reserven von Lohndrückern aus dem Osten heran. Wir verlangen Ausdehnung der Unfallversicherung und Schutzmaßregeln zur Verhütung von Unfällen, vor allem aber Menschlichkeit für die Arbeiter. Hier gilt das Wort: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.

Abg. Erzberger (Zentr.): Die Auffassung des Reichskanzlers, er habe es nicht nötig, dem Reichstage bezüglich dieser Interpellation Rede und Antwort zu stehen, läßt sich nicht halten. Es geht doch einfach nicht an zu erklären, das Bergrecht sei ausschließlich Sache der Einzelstaaten. Die Aufsicht und Kontrolle ist zweifellos Sache des Reichstages; aber auch aus allgemeinpolitischen Erwägungen heraus hätte die Regierung einer Antwort auf die Interpellation nicht aus dem Wege gehen dürfen, die doch lediglich die Absicht verfolgt, der Wiederkehr solcher Unglücksfälle vorzubeugen. Unter den Mitteln, Abhilfe zu schaffen, steht unserer festen Ueberzeugung nach die Einführung von Arbeiterkontrolleuren obenan.

Montag: Etat.

Die Revolution in Rußland.

Ueber die Geheimkanzlei Plehwes,

die wir schon erwähnten, wird dem Russischen Kurier berichtet:

„Die von dem ermordeten Minister Plehwe begründete Geheimkanzlei, von deren Existenz bei Lebzeiten Plehwes nur wenige Personen seiner allernächsten Umgebung etwas wußten, war so geschickt organisiert und geleitet, daß auch nicht die geringste Spur dessen, was in dieser „Kanzlei" geschah, in die Oeffentlichkeit drang. Und doch waltete in ihr, wie jetzt ermittelt worden ist, eine furchtbare Inquisition. Die unglücklichen Opfer, die da hineingerieten, verschwanden spurlos. Zwar wurden die Opfer meist am Leben belassen, aber niemand konnte ermitteln, wohin man die so plötzlich verschwundenen Personen geschafft hatte, oder was sonst mit ihnen geschehen war. Da aber die Nachforschungen bezüglich der plötzlich Verschollenen sich im russischen Polizeidepartement immer mehr anhäuften und des öfteren festgestellt wurde, daß bei der Fürsorge um einige irgendwo im hohen Norden des weiten Zarenreiches aufgefundene Verbannte der russischen Polizeiverwaltung jegliche Angaben fehlten, ging man der Sache auf den Grund und stieß dabei auf die Geheimkanzlei Plehwes. Bisher ließ sich nicht feststellen, wieviel Personen dieser Inquisitionskammer zum Opfer gefallen sind, denn alles war mit einem undurchdringlichen Schleier nach teuflich durchdachtem Plan verdeckt. Wie flott aber dort gearbeitet wurde, beweist schon das jetzt zutage geförderte Material. Die ebenso energisch wie mit größter Vorsicht durch die russische Staatsanwaltschaft geführte Untersuchung verspricht in politischer Beziehung äußerst wichtige und für das System Plehwes sehr bezeichnende Einzelheiten zu offenbaren."

Bombenattentat in Sewastopol.

Den Admiral Tschuchnin suchte eine Dame in seinem Hause durch vier Revolverschüsse zu töten; Tschuchnin ist schwer verletzt. Die Dame wurde von der Wache niedergeschossen. Sie soll die Tochter eines andern Admirals sein.

Bombenattentat in Petersburg.

Von Arbeitern wurden zwei Bomben in eine Gastwirtschaft geworfen, wobei 12 Personen getötet und 11 verwundet wurden. Die Attentäter sind offenbar Männer, die sich von der Polizei gegen ihre Klassengenossen gebrauchen lassen. Nach der Explosion umstellten Polizei und Truppen das Haus.

Letzte Post.

Ein Erdbeben,

das 4 Sekunden dauerte, wurde gestern früh wieder in Montoleone und Catanzaro verspürt. Die erschreckten Einwohner verließen die Häuser.

Im chinesischen Hexenkessel

brodelt es wieder gehörig. In der Gegend von Kanton macht sich eine fremdenfeindliche Stimmung bemerkbar, auch ist eine englische Missionsstation überfallen worden.

Vereinsanzeiger.

Daxlanden. (Sozialdemokratischer Wahlverein.) Dienstag den 13. Febr., abends 8 Uhr, im Lokal „zur Sonne" Mitgliederversammlung. Dazu ist vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig. Volksfreundleser willkommen. 575

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: A. Weißmann; für die Inserate: Karl Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund, Geck u. Cie. Sämtliche in Karlsruhe.

Hermann Schmoller & Cie.

gewähren wir

doppelte Rabattmarken

trotz der enorm billigen Preise auf sämtliche

Restbestände u. Reste

aus der „Weissen Woche"

in

Damen-Wäsche, Taschentücher, Stickereien, Spitzen, Gardinen, Herrenwäsche, Weisswaren.

Montag den 12. cr.

Dienstag den 13. cr.

Mittwoch den 14. cr.

Eisenbahnreform-Verein

Oeffentliche

Versammlung.

Dienstag, den 13. Februar, abends halb 9 Uhr, im großen Saale der Eintracht (Karlfriedstr.)

Stellungnahme zur

Personen-Tarif-Reform.

Jedermann willkommen (auch Damen). Freie Diskussion. 578

Der Vorstand.

Wir suchen für Messingarbeiten zum sofortigen Eintritt

mehrere tüchtige

Schlosser.

Oberrheinische Metallwerke, G. m. b. H., Mannheim.

Hygienische Bedarfs-Artikel
Neueste Preisliste gr. u. fr.
Gummiw.-Fabrik Jacob,
Berlin 580, Friedenstr. 9.

In schöner Lage sind

2 Wohnungen

mit je 2 Zimmern und Zubehör sowie Koch- und Leuchtgas auf 1. März oder 1. April zu vermieten. 391.5
Näheres Yorkstraße 12, 2. St.

Probieren Sie bitte

Krämers Waschkern-Seife

mit Uhrenzugabe 1a Qualitäten
Erhältlich in den Kolonialwaren-Geschäften.

Generalvertreter:

Norbert Sinsheimer

Karlsruhe, Adlerstrasse 6

3 3

Montag den 12. cr. | Dienstag den 13. cr. | Mittwoch den 14. cr.

3 grosse Verkaufstage 3

von

Restbeständen und Resten aus der „Weissen Woche"

in 572

Auf die ausserordentlich billigen Preise gewähren wir während dieser 3 Tage noch doppelte Rabatt-Marken.

Weisswaren, Damenwäsche, Taschentücher, Stickereien, Spitzen, Spitzenkragen, Gardinen, Wachstuch, Herrenwäsche etc.

Auf die ausserordentlich billigen Preise gewähren wir während dieser 3 Tage noch doppelte Rabatt-Marken.

Geschwister Knopf.

Telegramm!

Mk. 10000 bar

gewann ein Kunde bei mir in der Straßburger Sängerhauslotterie und erhielt den Treffer sofort ausbezahlt, ebenso nach Eintreffen der amtlichen Liste alle anderen Gewinner, auch noch ein Drei-Tausender dabei

Diese Woche spielen Kolonial-Lose à 3.30 Mk., später Ulmer à 3 Mk., Donaueschinger à 2 Mk., Invaliden à 1 Mk. Glück auf

Carl Götz, Karlsruhe,
Hebelstraße 11/15.

Neue Marinaden.

Bismarckheringe, Stück 5 Pfg., 4 Liter-Dose ℳ 1.80

Rollmops, Stück 5 Pfg., 4 Liter-Dose ℳ 1.80

Sardinen, russische, per Pfd. 35 Pfg., 4½ kg-Fässchen ℳ 1.80

ferner

Prima neue Holländer Vollheringe, Stück 4 Pfg., Dutzend 45 Pfg.

scharfe Holländ. Bücklinge, 3 St. 20 Pfg.

Süssbücklinge, Sprotten 574

empfehlen

Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
in den bekannten Karlsruher Verkaufsstellen.